

## **Handwerklicher Fragenkatalog: Fünf Fragen zur Landtagswahl**

### **1) Immer mehr Schüler in Schleswig-Holstein machen Abitur und wollen studieren. Was werden Sie unternehmen, damit die duale Ausbildung attraktiv bleibt und einen Beitrag zu Fachkräftesicherung leisten kann?**

Ein Ausbau der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein ist dringend notwendig. Das sieht man an den Zahlen: Im Ausbildungsjahr 2015/2016 lag die Zahl der unterschriebenen Ausbildungsverträge bei 19.974. Das sind laut Land 225 (-1,1 Prozent) weniger im Vergleich zum Vorjahr.

Aus diesem Grund haben wir PIRATEN die Debatte um die Errichtung eines Schleswig-Holsteinischen Institutes für berufliche Bildung (SHIBB) mitgetragen und uns für die Gründung eines solchen Institutes mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen im Landtag eingesetzt. Durch den positiven Beschluss des November-Plenums in 2016 gehen wir davon aus, dass die Institutsgründung nun bevorsteht. Vor allem die geplante Zentralisierung der Verwaltung begrüßen wir. So können sich berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildungsstätten an einen Ort wenden und haben keine langen Wege durch verschiedene Ministerien vor sich. Auch die Bewerbung der dualen Ausbildung soll zentral vom SHIBB ausgehen. Das ist nur im Sinne der beruflichen Schulen, die sich dann voll und ganz auf die Unterrichtsversorgung fokussieren können, die derzeit ebenfalls ausbaufähig ist (laut Bildungsministerium liegt die Unterrichtsversorgung bei etwa 91 Prozent).

Darüber hinaus muss die Lehrerausbildung und -anwerbung gestärkt sowie die Digitalisierung an den beruflichen Schulen vorangetrieben werden. Wie die aktuelle Studie "Monitor Digitale Bildung" zeigt, ist die digitale Ausstattung in beruflichen Schulen zwar mehrheitlich vorhanden, sie wird aber nicht eingesetzt. Viele Lehrkräfte wissen nicht, wie sie digitale Medien in den Unterricht einbringen können. Hier muss die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften gezielter greifen. Auch einvernehmliche Mediennutzungskonzepte in den Schulordnungen müssen hier geschaffen sowie die IT-Infrastruktur ausgebaut werden. Für diese Punkte setzen wir uns nach wie vor ein.

### **2) In Schleswig-Holstein gibt es drei verschiedene gesetzliche Mindestlöhne. Halten Sie dieses für sinnvoll und werden sie Änderungen vornehmen?**

Eine Differenzierung ist sicher nicht sinnvoll, da sie zu Verwirrung beitragen kann. Besser ist ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn ohne jegliche Ausnahme, der ein Einkommen garantiert, das bei dauerhaftem Bezug vor Altersarmut schützt. Dieses ist jährlich neu anhand der Teuerungsrate zu berechnen.

Das Ziel von uns PIRATEN ist es, dass jeder von seiner Arbeit auskömmlich und ohne Angst vor Armut oder späterer Altersarmut leben kann. Wir stehen zu dem aus dem Grundgesetz abgeleiteten, bestehenden Recht eines jeden auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Wir möchten, dass jeder seine wirtschaftlichen und sozialen Potenziale frei entfalten kann. Daher setzen wir uns für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Wohlstand.

**3) In den vergangenen Jahren konnte sich das Land über sprudelnde Steuereinnahmen freuen. Die Investitionsquote jedoch ist stetig gesunken und der Schuldenberg wurde nur minimal reduziert. Wie soll Ihrer Meinung nach eine zukunftsorientierte Finanzpolitik in den kommenden fünf Jahren aussehen?**

Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik muss aus unserer Sicht zwei Komponenten beinhalten. Zum einen muss der Schuldenberg von ca. 27 Mrd. Euro des Landes weiter reduziert werden.

Schuldenabbau ist Vorsorge für spätere Generationen, damit die Handlungsfähigkeit von zukünftigen Regierungen und der Landespolitik erhalten bleibt. Allerdings ist auch die Infrastruktur des Landes unser aller Gut. Dieses müssen wir schützen und erhalten, denn bereits in Art. 14 Grundgesetz heißt es: „Eigentum verpflichtet“. Deshalb sind Investitionen in die Infrastruktur auch werterhaltende Maßnahmen für unser Land. Eine starre Quote für Investitionen festzuhalten erscheint uns nicht zielführend zu sein, da dadurch wieder die Handlungsfähigkeit der Landespolitik unnötig eingeschränkt wird. Der Investitionsstau der im Laufe der Regierungsjahre von CDU, SPD, FDP, Grünen und SSW entstanden ist, muss nach der erfolgten Bestandsaufnahme aber endlich sukzessive abgebaut werden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

**4) Im Jahr 2016 wurde das kommunale Wirtschaftsrecht zugunsten der Stadtwerke geändert. Seitdem dringen Stadtwerke vermehrt in den angestammten Bereich des Handwerks ein und kaufen sogar Handwerksbetriebe auf. Was wollen Sie tun, um Wettbewerbsgleichheit zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Unternehmen wiederherzustellen?**

Die Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts haben wir Piraten bei der Abstimmung im Landtag abgelehnt. Wir setzen uns generell für Transparenz und Wettbewerbsgleichheit ein. Wir lehnen alle Markt verzerrenden Einflüsse, wie das geänderte kommunale Wirtschaftsrecht oder unnötige Subventionen wie die einzelbetriebliche Förderung, ab.

**5) Der Bericht zum Zustand der Landesstraßen weist einen Investitionsstau von rund 1 Mrd. Euro aus, zudem ist der Zustand vieler kommunaler Straßen schlecht und der Neubau der A20 kommt nur im Schneckentempo voran. Welche Impulse werden Sie in den nächsten fünf Jahren zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur setzen?**

Wie bereits in der Antwort zu Frage 3 dargestellt, haben wir den Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur mit Schrecken zur Kenntnis genommen. Um diesen Stau aufzulösen, benötigen wir in den kommenden Jahren mehr Investitionen im gesamten Infrastrukturbereich, auch beim Verkehr. Wir verfolgen dabei den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“, um unsere bestehenden Straßen besser in Schuss zu halten. Für die kommunalen Straßen hat sich, wie bei den Landesstraßen, ein erheblicher Investitionsstau angehäuft, der dringend abgearbeitet werden muss. Wir wollen, dass die Instandhaltung und Erneuerung der kommunalen Infrastrukturen in Zukunft alleinig aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Dazu wollen wir die Landesgesetzgebung so ändern, so dass diese Kosten künftig von öffentlichen Einnahmen anteilig und zweckgebunden finanziert werden können.

Der Neubau der A20 erfolgte vor allem deshalb so schleppend, weil die im Vorfeld eingebrachten Einwände von betroffenen Bürgern und Naturschutzinitiativen in den Planungen unzureichend berücksichtigt wurden. Wir wollen mit mehr Transparenz bei den Planungen und Ausschreibungen die Bürger und Verbände in derartige Großvorhaben direkt einbinden und dadurch lange Gerichtsverfahren vermeiden. Damit erreichen wir mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung und können Vorhaben insgesamt schneller realisieren.